

Historikerkommission in Stuttgart

Forschungen über Landesministerien in der NS-Zeit

rs. STUTTGART, 16. April. Baden-Württemberg wird als erstes Flächenland die Rolle der Landesministerien während der Zeit des „Dritten Reichs“ grundlegend erforschen lassen. Auf Vorschlag der grün-roten Landesregierung wurde das auf drei Jahre angelegte Forschungsprojekt „Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus“ initiiert, finanziert wird es von der Baden-Württemberg-Stiftung mit 1,45 Millionen Euro. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) sagte, es müsse aufgearbeitet werden, in welcher Form die Ministerien der ehemaligen Länder Baden und Württemberg an der nationalsozialistischen Diktatur mitgewirkt hätten. Es handle sich „nicht um Auftragsforschung“, die mit den Forschungen beauftragten Wissenschaftler hätten das Konzept selbst entwickelt.

Koordiniert wird das Projekt von dem Heidelberger Historiker Edgar Wolfrum und dessen Stuttgarter Kollegen Wolfram Pyta. Mit der Wahl dieser Projektkoordinatoren soll die methodische und politische Pluralität des Forschungsvorhabens, an dem sieben Doktoranden beteiligt sind, gewährleistet werden. Pyta ist der klassischen Zeitgeschichtsschreibung verpflichtet, gilt eher als konservativ und ist Verfasser einer viel beachte-

ten Hindenburg-Biographie; Wolfrum hat jüngst die Synthese „Rot-Grün an der Macht“ vorgelegt.

In der Zeit des Nationalsozialismus wurden die Länder gleichgeschaltet und die Landtage aufgelöst, auch deswegen wurde die Rolle von Landesministerien und Landesverwaltungen bisher nicht intensiv erforscht. Diese wirkten aber an der Ausbeutung jüdischen Vermögens, am Aufbau des Repressionsapparates sowie an der ideologischen Gleichschaltung zum Beispiel an den Schulen mit. Wolfrum sagte, anders als die Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Auswärtigen Amtes, wolle man bei dieser Studie die Öffentlichkeit im Sinne einer „Public History“ von Anfang an mit einbeziehen. Pyta sagte, geplant sei, eine „Kulturgeschichte des Verwaltungshandelns“ zu schreiben. Untersucht werden soll auch die Mitverwaltung des Elsass von 1940 an. Auch das unterschiedliche Regionalbewusstsein in Baden und Württemberg wollen die Historiker thematisieren: Es werde oftmals behauptet, die Badener seien auch während der Zeit des Nationalsozialismus liberaler gewesen und die Württemberger seien gegenüber den Nazis distanziert aufgetreten, sagte der Bonner Historiker Joachim Scholtyseck. „Das sind Meistererzählungen, die wir überprüfen müssen.“